**DER LANDESBEAUFTRAGTE
FÜR NATURSCHUTZ
UND LANDSCHAFTSPFLEGE**

Prof. Dr. Ingo Kowarik
im Hause der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, 10179 Berlin

Dienstgebäude:
Am Köllnischen Park 3
10179 Berlin
E-Mail:
LandesbeauftragterfuerNaturschutz
@SenUVK.berlin.de

Berlin, den 29.08.2018

Beschluss des Sachverständigenbeirats für Naturschutz und Landespflege

„Beschleunigter Wohnungsbau erfordert die Integration sozialer und ökologischer Ziele“

Beiratsbeschluss – NL-29-08-18a

Berlin wächst rasant. Das Land steht damit vor der großen Herausforderung, nachhaltige und zukunftssichere Rahmenbedingungen für eine attraktive Stadt zu schaffen und gleichzeitig schon heute den Ansprüchen einer wachsenden Stadt gerecht zu werden. Aktuell arbeitet die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung & Wohnen an einem Programm zur Beschleunigung des Wohnungsbaus. In der Debatte um den notwendigen Wohnungsneubau wird ein zunehmendes Gerangel um Flächennutzungen deutlich spürbar. Aus Sorge um den Verlust wertvoller Frei- und Grünflächen und mit Blick auf die Notwendigkeit einer auch ökologisch nachhaltigen Wohnungsbaustrategie hat der Beirat für Naturschutz und Landespflege am 29. August 2018 den folgenden Beschluss gefasst.

„Der Beirat für Naturschutz und Landespflege appelliert an den Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus, die folgenden Empfehlungen bei den Anstrengungen zur Beschleunigung des Wohnungsbaus zu berücksichtigen:

1. ***Integrative Planungsansätze mit einer Verbindung ökologischer und sozialer Ziele sind die wesentliche Voraussetzung für einen beschleunigten Wohnungsbau in Berlin.*** *Sie sind für eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung neuer Wohnquartiere unerlässlich; sie schaffen rechtssichere Planungsabläufe und fördern die Akzeptanz von Bauvorhaben in der Bevölkerung. Daher ist es aus Sicht des Beirats unerlässlich, dass die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Wohnen sowie für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz bei allen Planungs- und Entscheidungsprozessen eng zusammenarbeiten. Ein wesentliches Ziel sollte dabei sein, die bauliche Infrastruktur integriert mit der grünen Infrastruktur auf der Ebene des Gebäudes, der Stadtquartiere und der Gesamtstadt zu entwickeln. Hierzu bestehen bereits zahlreiche Handlungsansätze und Leitbilder (z.B. Leitlinie VII im StEP Wohnen, Strategie Stadtlandschaft, Strategie zur biologischen Vielfalt, Biotopverbundkonzept im Landschaftsprogramm, StEP Klima). Diese sollten genutzt werden, um neue Wohnbauprojekte in Berlin ökologisch und sozial nachhaltig zu entwickeln – insbesondere auch angesichts des*

Klimawandels. Entsprechende Investitionen sind auch ökonomisch nachhaltig, da ihr Unterlassen zu höheren gesellschaftlichen Kosten führen würde. Der kürzlich vorgestellte Charta-Prozess für das Berliner Stadtgrün sollte als Bestandteil der Stadtentwicklung in die Wohnungsbauplanung gleichwertig integriert werden.

2. ***Beschleunigter Wohnungsbau fordert auch „grüne" Verwaltungen.*** *Integrative Planungsansätze zu neuen Bauprojekten sowie das rechtskonforme, zügige Abarbeiten bestehender rechtlicher Regelungen benötigen handlungsfähige Verwaltungen auf Senats- und Bezirksebene. Da die Stellen in den Bereichen Landschafts- und Freiraumplanung und Naturschutz in der jüngeren Vergangenheit erheblich reduziert worden sind und schon jetzt Personal für die zügige Bearbeitung der naturschutzrechtlichen Genehmigungen und der Planung der grünen Infrastruktur fehlt, sieht der Beirat die Notwendigkeit, die Stellen in diesen Bereichen 1 : 1 parallel zu Stellen in den Bereichen Stadtentwicklung und Wohnen aufzustocken.*

3. ***Auch ein wachsendes Berlin braucht vielfältiges Stadtgrün als Voraussetzung für gutes Leben in der Stadt.*** *Berlin ist heute als Gesamtstadt eine grüne Metropole. Hinsichtlich der Erreichbarkeit von Stadtgrün durch die Bevölkerung rangiert Berlin aber auf einem hinteren Rang aller deutschen Großstädte. Dies führt in bedeutenden Teilen der Stadt bereits jetzt zu eingeschränkter Umweltgerechtigkeit. Der Beirat erkennt die Notwendigkeit von Wohnungsbau an, weist jedoch nachdrücklich auf bestehende Grenzen des Wachstums und die Bedeutung des Stadtgrüns für ein attraktives Berlin hin. Zugleich plädiert der Beirat dafür, den Wohnungsbau als zukunftsweisendes Markenzeichen der Berliner Wohnbaustrategie von negativen Auswirkungen auf die Umwelt, auf das Stadtklima und auf die Freiraumversorgung zu entkoppeln. Dazu empfiehlt der Beirat:*

   a. ***Neue Stadtquartiere durch eine grüne Infrastruktur zu qualifizieren.*** *Wohnungsbau sollte auch in benachbarten Stadtquartieren zu einem Mehrwert führen, indem hier nachbessernde Konzepte entwickelt werden, die bestehende Defizite reduzieren.*
   b. ***Prioritär vorhandene Baugebiete zu verdichten und dabei das Prinzip der doppelten Innenentwicklung anzuwenden****. Daher sind auch wohnungsnahe Grünflächen in verdichteten Stadtquartieren zu bewahren oder neu einzurichten – auch auf kleinen Flächen. Straßenräume mit Straßenbäumen, begrünte Dächer und Fassaden und Freiflächen der öffentlichen Hand (z.B. Schulhöfe, Verwaltungsgebäude, Sportflächen) haben ein erhebliches Potential für mehr Freiraumqualität und Biodiversität. Wohnungsbauprogramme sollten daher mit grünen Programmen für solche Flächen verknüpft werden.*
   c. ***Wälder und andere zentrale Bestandteile des Berliner Freiraumsystems zu bewahren und deren Qualitäten weiter zu entwickeln****. Eine Verdichtung von Teilen der Stadt sollte mit einer Strategie zur Aufwertung von Natur-, Landschafts- und Grünräumen gekoppelt werden. Berlin verfügt mit den Wäldern und Landwirtschaftsflächen, mit großen und kleinen Gewässern (z.B. Seen, Sölle, Flüsse, Kanäle) über Flächen, die teilweise bereits hohe Qualitäten haben, aber noch erhebliche Aufwertungspotenziale in Hinblick auf Freiraumqualität und Biodiversität aufweisen.*

d. ***In verdichteten Stadtgebieten die sozialen und ökologischen Chancen der Integration von Friedhofsflächen in das innerstädtische Grünflächensystem vorrangig zu nutzen.*** *Diese Flächen haben eine hohe kulturelle und ökologische Bedeutung und weisen aufgrund ihrer Nähe zur Bevölkerung große Potentiale für die Entwicklung der grünen Infrastruktur Berlins auf.“*

Prof. Dr. Ingo Kowarik